



Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses für
Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
Herrn Manfred Geis, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz



DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
konrad.waif@mwwk.rlp.de
www.mwwk.rlp.de

Mein Aktenzeichen
Ref. 9311
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Hr. Marc-Antonin Bleicher
marc-antonin.bleicher@bm.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-2855
06131 17-2855

29. 04. 19

**29. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur am
11.04.2019**

**TOP 14: „Zielvereinbarungen mit islamischen Verbänden“
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
V 17/4635**

5-fach

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wie in der o.g. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
zugesagt, übersende ich Ihnen anbei den Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Dr. Denis Alt

Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur am 11.04.2019

Vorlage 17/4635 nach § 76 Abs. 4 GOLT

Betreff: „GOLT (4) Antrag AWWK 11.04.2019 zum Thema "Zielvereinbarungen mit islamischen Verbänden“

SPRECHVERMERK

Anrede,

am Dienstag hat die Ministerpräsidentin den Vertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Alevitischen Gemeinde Deutschland e. V. unterzeichnet. Der Vertragstext ist Ihnen auf offiziellem Wege bereits zugegangen. Wir erreichen mit Abschluss dieses Vertrages einen Meilenstein der Religionsfreiheit aller in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen.

Als wir im Sommer verkündet haben, dass wir mit der Alevitischen Gemeinde Deutschland e. V. einen Vertrag verhandeln und abschließen werden, haben wir dies im Rahmen der Veröffentlichung der Zusatzgutachten zu den islamischen Verbänden getan. Ich möchte Sie aus gegebenem Anlass über den neuen Sachstand und die Fortschritte in unserem Prozess mit den islamischen Verbänden informieren.

In Abstimmung mit anderen betroffenen Ressorts (MWWK, MFFJIV, BM, JM, MdI, Stk) haben wir beschlossen, die Verhandlungen zu den Zielvereinbarungen mit den islamischen Landesverbänden von DITIB, Schura, VIKZ und AMJ aufzunehmen. Grundlage für diese Entscheidungen sind die Rückmeldungen, die wir insbesondere von der Schura Rheinland-Pfalz erhalten haben.

Im vergangenen August haben wir die Zusatzgutachten zu den islamischen Verbänden veröffentlicht und gleichzeitig die Anforderungen der Landesregierung an die islamischen Verbände vorgestellt. Nach wie vor sehen wir eine vertragliche Vereinbarung als den besten Weg, eine religiöse Integration der islamischen Verbände in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen. Jedoch werden wir weitere Gespräche nur mit Partnern

führen, die klar auf dem Boden der Verfassung stehen und politisch und strukturell autonom von Dritten sind.

Wir haben hierzu ein zweistufiges Verfahren aufgesetzt: Vor Gesprächen zu Zielvereinbarungen steht die Verfassungstreue. Hier bestanden bei drei Mitgliedsgemeinden der Schura Zweifel.

Im Rahmen der Zielvereinbarungen sollen weitere Anforderungen erreicht werden, so etwa die Sicherstellung der Autonomie von Dritten. Erst mit Erfüllen der Zielvereinbarung können neue Vertragsverhandlungen begonnen werden.

Wir haben diese Anforderungen stets sehr klar den Verbänden kommuniziert. Die vier Verbände haben vereinbart, gemeinsam diesen Weg zu gehen.

Es ist klar, dass die Schura verbandsinterne Entwicklungen anstoßen musste, um bei den Zielvereinbarungsgesprächen dabei sein zu können. Dies ist in den letzten Monaten erfolgt:

1. Die Schura hat personelle Konsequenzen gezogen: Der Vorsitzende des Arab Nil-Rhein-Vereins, Sami El Hagrasy, hat sich nach internen Gesprächen aus dem Vorstand der Schura zurückgezogen. Inzwischen wurde auch ein Nachfolger gewählt.
2. Es wurden strukturelle Konsequenzen gezogen: Zum 2. Dezember 2019 ist der Arab Nil-Rhein Verein vollständig aus der Schura ausgetreten. Der Islam Info Service lässt seine Mitgliedschaft in der Schura ruhen. Die Abu Bakr Moscheegemeinde ist inzwischen inaktiv. Sollte sich hier etwas ändern, würde der Schura-Vorstand einen Neuaufbau eng begleiten.
3. Die Schura hat im Rahmen einer außerordentlichen Mitgliederversammlung ein verbindliches Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den rechtsstaatlichen Prinzipien beschlossen und damit das bereits vorhandene Bekenntnis in der Statutenpräambel bekräftigt.
4. Eine weitere strukturelle Ergänzung hat die Schura vorgenommen: So wurde ein Konfliktmanagement sowie eine Clearingstelle im

Dachverband eingeführt. Auf diese Weise sollen Verstöße gegen Vereinsstatuten oder Grundwerteverletzungen innerhalb des Verbands direkt reguliert und abgestellt werden.

Die Schura hat uns über diese Maßnahmen genauestens informiert. Die beteiligten Ministerien sind gemeinsam zu der Überzeugung gelangt, dass man auf dieser Grundlage die Gespräche zu den Zielvereinbarungen mit der Schura geführt werden können. Es wurden personelle und strukturelle Konsequenzen gezogen, ein abermaliges Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung geleistet und ein Konfliktmanagement eingeführt. Wir kennen die Effektivität dieses Konflikt-Managements natürlich noch nicht, aber wir betrachten es als Konzept, strukturelle Regelungen zu schaffen, Konflikte und Probleme innerverbandlich nachhaltig zu lösen. Dies erkennen wir an.

Damit erfüllen alle vier Verbände die Anforderungen zur Eröffnung der Gespräche zu den Zielvereinbarungen. Wir werden in den nächsten Wochen einen ersten Gesprächstermin vereinbaren. Wenn alles gut läuft, sollten eine Fertigstellung der Zielvereinbarungen sowie deren Unterzeichnung im Herbst dieses Jahres möglich sein. Natürlich werden wir Sie hierüber entsprechend unterrichten.

In den Zielvereinbarungen wollen wir weitere, von den Zusatzgutachten abgeleitete Anforderungen festhalten. Diese betreffen insbesondere Regelungen, die Verbände politisch und strukturell autonom aufstellen. Wenn Sie sich erinnern, schilderten die Gutachter hier Defizite bei der Schura hinsichtlich der zu engen Verquickung von sechs IGMG-Gemeinden mit ihrem Bundesverband sowie bei DITIB mit dem Bundesverband und der türkischen Religionsbehörde DIYANET. Sollten diese Anforderungen innerhalb des Klärungsprozess der Zielvereinbarungen erfüllt werden können, können wir die Zielvereinbarungen erfolgreich abschließen und mit Vertragsverhandlungen zwischen den Verbänden und dem Land Rheinland-Pfalz beginnen. Dies dürfte jedoch noch ein weiter Weg sein.

Aus Hessen vernehmen wir, dass sich DITIB bewegt hat und Weisungsbefugnisse der Bundesebene auf die Landesebene aufheben möchte. Das wäre ein gutes Zeichen und könnte uns einen Schritt vorwärts bringen. Mich lassen diese Nachrichten hoffen, dass

DITIB den Weg einer wichtigen Entwicklung zur stärkeren Unabhängigkeit der Landesverbände beschritten hat.

Im Rahmen der Veröffentlichung der Zusatzgutachten haben wir als Landesregierung deutlich gemacht, dass wir nicht nur Anforderungen an die Verbände erheben. Wir bieten auch im Rahmen der Zielvereinbarungen Möglichkeiten der Partizipation. So sicherten wir zu, einen Diskurs- und Verständnisprozess in Rheinland-Pfalz zu initiieren, mit dem wir Fragen zum Islam in Rheinland-Pfalz, dem Leben von Musliminnen und Muslimen in unserem Land und der interreligiöse Austausch öffentlich diskutieren wollen. Die Partnerinnen und Partner, die uns unterstützen, diesen gesellschaftlich wichtigen Dialog anzustoßen, sind vielfältig:

Am Montag, den 08. April 2019 sind die Werkstattgespräche „Islam und Gesellschaft“ auf Initiative der Evangelischen Akademie der Pfalz gestartet.

Daneben plant die Landesregierung mit medien+bildung.com eine Reihe, in der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem schulischen und außerschulischen Bereich Fortbildungen angeboten werden sollen für die Bereiche Politik und Religion sowie Vielfaltskompetenz.

Die Landesregierung plant daneben die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen in unterschiedlichen Regionen, in denen das Thema „Islam und Gesellschaft“ diskutiert werden soll. Hierfür sollen insbesondere (muslimische) Expertinnen und Experten aus den Bereichen Politik und Wissenschaft eingebunden werden. Daneben werden gezielt Gespräche mit muslimischen Frauen und Jugendlichen geführt, um die Alltagserfahrungen dieser spezifischen Gruppen auszunehmen und die Bedürfnisse besser kennenzulernen.

Auch werden wir Gespräche über eine mögliche Struktur von islamischem Religionsunterricht an rheinland-pfälzischen Schulen und die Einrichtung von Professuren für islamische Theologie an einer unserer Hochschulen mit den Verbänden im Rahmen des Zielvereinbarungsprozesses führen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Vorgehen klare Kriterien für die weiteren Gespräche mit den islamischen Verbänden formulieren. Nur wenn diese Kriterien erfüllt sind, können Gespräche zu einem möglichen Vertrag aufgenommen werden. Gleichzeitig lassen wir die Musliminnen und Muslime in unserem Land bis dahin nicht alleine: Wir sorgen mit den Strukturgesprächen zum Religionsunterricht und zur islamischen Theologie und mit dem Dialogprozess dafür, dass muslimisches Leben in Rheinland-Pfalz gleichberechtigt stattfinden kann und dass ein offener, gesellschaftlicher Diskurs über unser aller Zusammenleben geführt wird. Das ist im Sinne aller Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer.

Vielen Dank.